



GRÜNE Kanton Bern
Monbijoustr.61
3007 Bern
031 311 87 01
sekretariat@gruenebern.ch

Finanzdirektion
Münsterplatz 12
3011 Bern

per Mail: politischegeschaefte.fin@be.ch

Bern, 30. November 2023

Vernehmlassung: Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin,
sehr geehrte Damen und Herren

Die GRÜNEN Kanton Bern bedanken sich für die Gelegenheit, im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens Stellung nehmen zu können zum Bericht betreffend Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG).

Die GRÜNEN nehmen den Bericht zur Erfolgskontrolle des FILAG zur Kenntnis und teilen grundsätzlich die darin gemachten Einschätzungen, insbesondere die folgenden Punkte:

- Die zentralen FILAG-Mechanismen sind sehr komplex, aber gut akzeptiert;
- Das System sollte nicht noch weiter kompliziert werden, die Transparenz ist schon jetzt nicht in allen Teilen vollständig gegeben.

Eine Überarbeitung des Systems ist für uns nicht prioritär. Bei einer allfälligen Überarbeitung des Systems mit dem Ziel, dass weitere Gemeinden vom Zentrumslastenausgleich profitieren können, wäre sicherzustellen, dass zusätzliches Geld durch den Kanton bereitgestellt wird. Es kann nicht sein, dass bestehende Zentrumslasten plötzlich nicht mehr oder weniger stark abgegolten werden.

Aus Sicht der GRÜNEN gibt es zudem bei der Abgeltung der Zentrumslasten anderweitig Handlungsbedarf. Es erscheint zwar richtig, dass die in ein Postulat umgewandelte Motion 161-2021 (Freudiger und Mitunterzeichnende) «Gleichbehandlung der fünf Gemeinden mit Zentrumsfunktion» nicht weiterverfolgt wird. Die Zentrumsfunktionen von Burgdorf und Langenthal lassen sich nicht mit jenen von Thun oder Biel, geschweige denn jenen der Stadt Bern vergleichen.



Bereits heute ist die Abgeltung der Zentrumslasten für diese Städte, insbesondere für die Stadt Bern, die weitaus am meisten Zentrumslasten trägt, nicht ausreichend. So ist aus Sicht der GRÜNEN nicht einzusehen, wieso die Zentrumslasten nur zu 69.5 Prozent abgegolten werden sollten und nicht vollständig. Die GRÜNEN stellen deshalb den Antrag, dass künftig 100 Prozent der Zentrumslasten abgegolten werden. Ein Teil der für Steuersenkungen vorgesehenen Mittel könnte hier eingesetzt werden (2024: 40 Mio., 2025: 70 Mio.).

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und der entsprechenden Anträge im Rahmen der weiteren politischen Diskussion und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Fredy Lindegger
Grossrat GRÜNE Kanton Bern

Rahel Ruch
Grossrätin GRÜNE Kanton Bern

Esther Meier
Geschäftsführerin GRÜNE Kanton Bern